

Beschluss des Studierendenparlaments vom 27. November 2014

Zur Nutzung von studentisch selbstverwalteter (Frei-)Räume

Das Studierendenparlament fordert das Präsidium der Universität auf:

- 1. Die Nutzung studentisch selbstverwalteter (Frei-)Räume unabhängig von Öffnungszeiten der Gebäude ermöglichen*
- 2. Studentisch selbstverwaltete (Frei-)Räume baulich erhalten und unterstützen, zum Beispiel bei neuen Brandschutzauflagen*

Studierende sind das Herz einer Universität. Ohne sie funktioniert eine Uni nicht, bzw. ist sie sinnlos. Studentisches Leben drückt sich vielfältig aus, in Musik, Theater, Politik, Diskussion oder ähnlichem. Meist findet das aber nicht nur zu den Seminar-Zeiten statt, sondern danach und dazwischen. Die Universität als Stätte der Begegnung und Diskussion kann und muss die Möglichkeit bieten, dass Studierende einfach und unkompliziert zusammen kommen können. Dafür sind die studentisch selbstverwalteten (Frei-)Räume da und werden genutzt.

In studentisch selbstverwalteten (Frei-)Räumen findet auch Vor- und Nachbereitung der Gremienarbeit, dem Beitrag der Studierenden zu der akademischen und studentischen Selbstverwaltung statt. Ein Eingrenzen der Nutzung der Räume erschwert also die politische Arbeit deutlich.

Sowohl die politische Arbeit als auch Begegnung, Austausch und das gemeinsame Lernen können (manchmal) mit Musik und (alkoholischen) Getränken verbunden sein. Dies gehört zu unserem studentischen Leben. Wir verstehen die Ermöglichung dessen auch im verantwortungsvollen Umgang mit den Bedürfnissen aller Universitätsmitglieder.

Bauliche Erneuerungen sind grundsätzlich begrüßenswert. Allerdings ist dafür unerlässlich, dass der Wunsch von den betroffenen Studierenden ausgeht und diese auf Augenhöhe mit einbezogen werden. Während in studentisch selbstverwalteten (Frei-)Räumen kleinere Umbauten und Reparaturen selbst getätigt werden, wird bei Größeren Unterstützung benötigt. Dafür ist es wichtig, dass sowohl Bauabteilung als auch Präsidium beachten, diese so zu vollziehen, dass sie im Sinne der Studierenden vollzogen werden und nicht die Kosten die erste Priorität sind.